

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der Sitzung**

- 2 **Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über
eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils
der Sitzung vom 28.04.2021**

- 3 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**
 - 3.1 Ergänzung Leitlinie Grundstücksverkäufe
Vorlage: 20/SVV/0223
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

 - 3.2 Sicherung der Entwicklungsziele im neuen Stadtteil Krampnitz
Vorlage: 21/SVV/0436
Fraktion DIE aNDERE

 - 3.3 Kommunales Carsharing
Vorlage: 21/SVV/0344
Fraktionen DIE LINKE, Bündnis90/Die Grünen

 - 3.4 Einrichtung einer Koordinierungsstelle gegen Gewalt an Frauen, sexualisierte
Gewalt und Stalking
Vorlage: 21/SVV/0393
Fraktion DIE aNDERE

 - 3.5 Schadensersatz für Betreiber der Beachvolleyballanlage im Volkspark
Vorlage: 21/SVV/0397
Fraktion DIE aNDERE

 - 3.6 Nachfrage Anträge OBR
Vorlage: 21/SVV/0390
Ortsbeirat Grube

 - 3.7 Stadtentwicklungskonzept Gewerbe 2030 (STEK-G 2030)
Vorlage: 21/SVV/0470
Oberbürgermeister, Wirtschaftsförderung

 - 3.8 Tourismus in Potsdam für alle gestalten
Vorlage: 21/SVV/0497
Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE

 - 3.9 Digitale Abstimmungen in der Potsdamer Stadtverordnetenversammlung
Vorlage: 21/SVV/0509
Fraktionen SPD, B90/die Grünen, die LINKE

4 Mitteilungen der Verwaltung

- 4.1 Information zum Arbeitsstand des Kommunalen Präventionsrates der
Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 21/SVV/0429
Oberbürgermeister, Fachbereich Ordnung und Sicherheit
- 4.2 Jährliche Berichterstattung zur Umsetzung des Beschlusses DS 18/SVV/0891
"Statistischen Jahresbericht nach Geschlechtern darstellen"
Vorlage: 21/SVV/0457
Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Zentrale Verwaltung
- 4.3 Uferweg Griebnitzsee, Ergebnisse des OVG-Urteils und Inhalte dessen
rechtlicher Beurteilung
Vorlage: 21/SVV/0430
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung
- 4.4 Strategischer Gesamtrahmen Hauptstadtregion
Vorlage: 21/SVV/0431
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung
- 4.5 Wirtschaftspläne 2021 der Unternehmen, an denen die Landeshauptstadt
Potsdam mit mehr als 50 % beteiligt ist
Vorlage: 21/SVV/0483
Oberbürgermeister, GS Haushalt
- 4.6 Inhaltliche Leitplanken zur Haushaltsaufstellung 2022
Vorlage: 21/SVV/0516
Oberbürgermeister, Strategische Steuerung
- 4.7 4. Statusbericht zur Stadtteilentwicklung von Krampnitz
Vorlage: 21/SVV/0487
Oberbürgermeister, GB Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt
- 4.8 Bericht zur Umsetzung Beschluss 21/SVV/0084 - Reform der
Arbeitsgerichtbarkeit
Vorlage: 21/SVV/0534
Oberbürgermeister, Büro des Oberbürgermeisters
- 4.9 Bewerbungsunterlagen Modellprojekte Smart Cities des BMI: "Smart City
Potsdam - Innovativ. Grün. Gerecht."
Vorlage: 21/SVV/0488
Oberbürgermeister, Büro des Oberbürgermeisters

5 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Oberbürgermeister eröffnet die 39. öffentliche Sitzung, die heute als Videokonferenz stattfindet.

zu 2 **Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 28.04.2021**

Der Oberbürgermeister stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung bestätigen 17 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses ihre Anwesenheit.

Im Verlauf der Sitzung werden nur die Mitglieder bzw. stellvertretenden Mitglieder in der Abstimmung berücksichtigt, die per Bild und Ton zugeschaltet sind.

Bezüglich der vorliegenden Tagesordnung schlägt der Oberbürgermeister vor, die Tagesordnungspunkte

- 3.1 Ergänzung Leitlinie Grundstücksverkäufe, DS: 20/SVV/0223, TOP 3.3 – Kommunales Carsharing, DS 21/SVV/0344,
- 3.4 Einrichtung einer Koordinierungsstelle gegen Gewalt an Frauen, sexualisierte Gewalt und Stalking, DS 21/SVV/0393,
- 3.7 Stadtentwicklungskonzept Gewerbe 2030 (STEK-G 2030), DS 21/SVV/0470 und
- 3.9 Digitale Abstimmungen in der Potsdamer Stadtverordnetenversammlung, DS 21/SVV/0509

zurückzustellen, da hierzu die Voten der Fachausschüsse fehlen sowie ebenso die Tagesordnungspunkte

- 3.2 Sicherung der Entwicklungsziele im neuen Stadtteil Krampnitz, DS 21/SVV/0436 und
- 4.7 4. Statusbericht zur Stadtteilentwicklung von Krampnitz, DS 21/SVV/0487.

Zu diesen schlägt er vor, sie in einer der nächsten Präsenzsitzungen des Hauptausschusses aufzurufen, um den Antrag zusammen mit dem Statusbericht intensiv diskutieren und auch den Antrag auf Rederecht des Stadtverordneten Menzel zum TOP 4.7 berücksichtigen zu können. Die antragstellende Fraktion DIE ANDERE bekundet ihr Einverständnis dazu.

Zum TOP 3.8 – Tourismus in Potsdam für alle gestalten, DS 21/SVV/0497 – beantragt Herr Dr. Zöller namens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, den Antrag für 4 Wochen zurückzustellen, da noch Klärungsbedarf mit der Verwaltung bestehe. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Der Oberbürgermeister informiert im Weiteren, dass zum TOP 4.3 – Uferweg Griebnitzsee, Ergebnisse des OVG-Urteils und Inhalte dessen rechtlicher Beurteilung, DS 21/SVV/0430 – die für heute geplante Vorstellung der Uferwegsbauftragten nicht erfolgen werde, sondern in einer der nächsten Präsenzsitzungen des Hauptausschusses.

Unter "Mitteilungen der Verwaltung" soll die Tagesordnung **erweitert** werden um den Corona Lagebericht zu Schulen und Kitas, gemeinsam mit Frau Aubel.

Der Oberbürgermeister weist abschließend darauf hin, dass Herr Said, Fraktion AfD, eine persönliche Erklärung abgeben möchte, die im Zusammenhang mit dem Tagesordnungspunkt 4.8 – Bericht zur Umsetzung Beschluss 21/SVV/0084 Reform der Arbeitsgerichtbarkeit, DS 21/SVV/0534 – steht. Gemäß Geschäftsordnung - § 22 Absatz 3 – kann der Vorsitzende vor Eintritt in die Tagesordnung zu einer sachlichen oder persönlichen Erklärung zu Angelegenheiten der Stadt, die nicht im Zusammenhang mit der Beratung der laufenden Sitzung stehen, das Wort erteilen. Aufgrund des genannten Zusammenhangs ist es nicht möglich, dass Herr Said sich vor Eintritt in die Tagesordnung äußert, sondern nur im Rahmen der Beratung des Tagesordnungspunktes selbst.

Die so **geänderte Tagesordnung** wird zur Abstimmung gestellt und mit 15 Ja-Stimmen **bestätigt**; Herr Dr. Scharfenberg und Herr Wollenberg können an der Abstimmung wegen fehlendem Bild/Ton nicht teilnehmen.

Zur **Niederschrift** der 38. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 28.04.2021 gibt es keine Hinweise; die Niederschrift wird mit 13 Ja-Stimmen, bei zwei Stimmenthaltungen **bestätigt**; Herr Dr. Scharfenberg und Herr Wollenberg können an der Abstimmung wegen fehlendem Bild/Ton nicht teilnehmen.

zu 3 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

zu 3.1 **Ergänzung Leitlinie Grundstücksverkäufe**

Vorlage: 20/SVV/0223

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

Zurückgestellt – fehlen die Voten des Ausschusses für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion, für Finanzen sowie für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes.

zu 3.2 **Sicherung der Entwicklungsziele im neuen Stadtteil Krampnitz**

Vorlage: 21/SVV/0436

Fraktion DIE aNDERE

Zurückgestellt – bis zu einer der nächsten Präsenzsitzungen des Hauptausschusses, zusammen mit dem 4. Statusbericht zur Stadtteilentwicklung von Krampnitz.

zu 3.3 **Kommunales Carsharing**

Vorlage: 21/SVV/0344

Fraktionen DIE LINKE, Bündnis90/Die Grünen

Zurückgestellt – fehlt das Votum des Ausschusses für Finanzen.

zu 3.4 Einrichtung einer Koordinierungsstelle gegen Gewalt an Frauen, sexualisierte Gewalt und Stalking

Vorlage: 21/SVV/0393

Fraktion DIE aNDERE

Zurückgestellt – fehlt das Votum des Ausschusses für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion.

zu 3.5 Schadensersatz für Betreiber der Beachvolleyballanlage im Volkspark

Vorlage: 21/SVV/0397

Fraktion DIE aNDERE

Er unterstreicht in seinen Ausführungen die Bedeutung für BürgerInnen und Gewerbetreibende, sich auf die Verbindlichkeit städtischer Genehmigungen verlassen zu können.

Herr Jetschmanegg, Dezernent des Geschäftsbereichs Zentrale Verwaltung, erklärt zum Sachstand, dass die Schadensersatzansprüche 2020 dem Versicherer, der KSA, gemeldet wurde. Der Versicherer habe diese, bis auf die Gebühr für die erteilte Baugenehmigung, abgelehnt, weil eine entsprechende Untersetzung fehle.

Herr Linke bittet namens der Fraktion DIE aNDERE, die Stellungnahme des Geschäftsbereiches für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt, die dem Versicherer als Grundlage für diese Entscheidung gedient habe, zur Verfügung zu stellen. Herr Friederich bestätigt, dass bei Geltendmachung von Schadensersatz natürlich der Anspruch begründet werden müsse. Der vorliegende Antrag sei moralisch in Ordnung aber juristisch abzulehnen. Die Frage des Oberbürgermeisters, ob die Stellungnahme zur Verfügung gestellt werden könne, bejaht Herr Rubelt, Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt, und unterstreicht, dass die Baubehörde nach besten Wissen und mit den entsprechenden Unterlagen gehandelt habe. Die Verwaltung wolle gerne für Transparenz sorgen. Der Oberbürgermeister sagt zu, im Rahmen der datenschutzrechtlichen Bestimmungen die Stellungnahme als nicht öffentlich deklarierte Vorlage zur Verfügung zu stellen.

Frau Hüneke betont, dass fehlende Nachweise und nicht untersetzte Ansprüche schwierig seien. Herr Kube kritisiert, dass mit der Verkleinerung des Volksparks die Verantwortung komplett auf den Betreiber „abgeladen“ werde; es gehe um „langfristiges Vertrauen in`s Bauen“.

Auf die Frage des Oberbürgermeisters, ob der Antrag zurückgestellt oder heute abgestimmt werden soll antwortet Herr Linke, dass er über die Möglichkeit nachdenke, den Antrag zurückzuziehen und nach Kenntnisnahme der Stellungnahme einen neuen Antrag zu formulieren; dem schließt sich Herr Kube an. Der Oberbürgermeister stellt fest, dass die antragstellende Fraktion den **Antrag für zurückgezogen** erklärt und sich dagegen kein Widerspruch erhebt.

zu 3.6 Nachfrage Anträge OBR
Vorlage: 21/SVV/0390
Ortsbeirat Grube

Herr Rubelt, Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt, erklärt, dass die Verwaltung mit ihrem Handeln dem Antrag bereits Rechnung getragen habe. Eine generelle Betrachtung erfolgte im Rahmen der Erstellung des STEK-Verkehr und mit einer entsprechenden Prognose für 2025 sei ein Wachstum unterstellt worden; eine Fortschreibung erfolge im nächsten Jahr. Das betreffe den Ortsteil Grube sowie den gesamten Potsdamer Norden. Gleiches gelte für die Wasserversorgung. Er schlägt daher vor, den Antrag als durch Verwaltungshandeln für erledigt zu erklären.

Die Nachfrage von Herrn Linke, ob Aussagen darüber getroffen werden können, „was an Trinkwasser zur Verfügung stehe“. Herr Rubelt verneint die und verweist auf die Trinkwassersatzung, in der die nachgelesen werden könne.

Herr Keller beantragt gemäß § 23 Abs. 1 e) Geschäftsordnung, die Drucksache als durch Verwaltungshandeln erledigt abzuschließen.

Abstimmung:

Der Antrag auf **Erledigung** der DS 21/SVV/0390 durch Verwaltungshandeln wird

mit 7 Ja-Stimmen angenommen,

bei 4 Nein-Stimmen
und 6 Stimmenthaltungen.

zu 3.7 Stadtentwicklungskonzept Gewerbe 2030 (STEK-G 2030)
Vorlage: 21/SVV/0470
Oberbürgermeister, Wirtschaftsförderung

Zurückgestellt – fehlen die Voten der Ortsbeiräte sowie des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raumes.

zu 3.8 Tourismus in Potsdam für alle gestalten
Vorlage: 21/SVV/0497
Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE

Zurückgestellt – für 4 Wochen, da noch Klärungsbedarf mit der Verwaltung besteht.

zu 3.9 Digitale Abstimmungen in der Potsdamer Stadtverordnetenversammlung
Vorlage: 21/SVV/0509
Fraktionen SPD, B90/die Grünen, die LINKE

Zurückgestellt – fehlt das Votum des Ausschusses für Partizipation, Transparenz und Digitalisierung.

zu 4 **Mitteilungen der Verwaltung**

zu 4.1 **Information zum Arbeitsstand des Kommunalen Präventionsrates der Landeshauptstadt Potsdam**

Vorlage: 21/SVV/0429

Oberbürgermeister, Fachbereich Ordnung und Sicherheit

Auf eine Erläuterung dieser Mitteilungsvorlage durch Frau Meier, Beigeordnete für Ordnung, Sicherheit, Soziales und Gesundheit, wird von den Hauptausschussmitgliedern verzichtet.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 4.2 **Jährliche Berichterstattung zur Umsetzung des Beschlusses DS 18/SVV/0891 "Statistischen Jahresbericht nach Geschlechtern darstellen"**

Vorlage: 21/SVV/0457

Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Zentrale Verwaltung

Herr Jetschmanegg, Dezernent des Geschäftsbereichs Zentrale Verwaltung, verweist auf den folgenden Satz in der Mitteilungsvorlage: „*Der Beschluss DS 18/SVV/0891 wurde seitens der Verwaltung umgesetzt.*“ Der Auftrag der Berichterstattung sei damit endgültig erledigt; dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 4.3 **Uferweg Griebnitzsee, Ergebnisse des OVG-Urteils und Inhalte dessen rechtlicher Beurteilung**

Vorlage: 21/SVV/0430

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung

Herr Rubelt, Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt, erläutert die Mitteilungsvorlage an Hand einer Powerpoint-Präsentation (dem Tagesordnungspunkt im Ratsinformationssystem als Anlage beigefügt). Er betont, dass dies heute eine Einführung in das Thema sei und wirbt dafür, die rechtliche Situation gemeinsam zu bewerten. Dazu sei wichtig, dass in der Urteilsbegründung keine grundsätzliche Infragestellung der Planungsziele der Landeshauptstadt Potsdam erfolgte. Herr Rubelt führt zum weiteren Vorgehen aus; insbesondere die Prüfung der Umstegungen als Übergangslösung vom 18.02.2021 habe ergeben, dass auch bei zeitlicher Befristung ein Planerfordernis bestehe. Deshalb sollte in der Präsenzsitzung des Hauptausschusses im Juni ausführlicher darüber diskutiert werden und sich die Uferwegsbeauftragte, Frau Hartleb, persönlich vorstellen.

Herr Said bedankt sich beim Oberbürgermeister sowie bei Herrn Rubelt für die Informationen. Namens seiner Fraktion fordert er von dem Vorhaben Abstand zu nehmen, die Finanzen aufzulösen und damit andere städtische Projekte zu unterstützen.

Herr Dr. Scharfenberg begrüßt es, sich Zeit für die Diskussion zum weiteren Vorgehen zu nehmen. Herr Friederich führt zur Historie aus und merkt an, dass er ein Verfahren, das die Eigentümer mitnehme, nicht Ansatzweise erkennen

könne - mit Unsummen werde versucht, die hohen Hürden eines B-Planverfahrens zu überwinden; dieses Festhalten an der Planung halte er für einen Irrweg. Er betont, dass es sei dringend an der Zeit sei, andere Wege zu prüfen und Gespräche mit den Eigentümern zu führen, anstatt die „mit dem Kopf durch die Wand Taktik“.

Der Oberbürgermeister fasst anhand der drei Redebeiträge zusammen, welches „Dilemma“ sich der Verwaltung bietet und verweist auf den bindenden Beschluss. Er schlägt vor, das Thema wieder mit der Uferwegsbeauftragten, Frau Hartleb, aufzurufen und bis dahin den Vorschlag in den Fraktionen zu diskutieren und gemeinsam zu beraten, wo es Schnittmengen gebe. Dies könne in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe der Stadtverordneten passieren, in der noch einmal die genaue Verhandlungslinie mit den sperrenden Anwohnern definiert werden könne. Herr Friederich entgegnet, dass Herr Schubert als Oberbürgermeister den Pfad der Beschlusslage verlassen und mit den Eigentümern sprechen könne. Der Oberbürgermeister verweist darauf, dass er diese Gespräche geführt habe sowohl mit denen, die sperren wollen als auch mit den verhandlungsbereiten Eigentümern. Es gehe ihm um ein möglichst breites Verhandlungsmandat, ähnlich, wie dies schon beim Konflikt um die Garnisonkirche gelungen sei. Herr Keller glaubt, dass Gespräche geführt werden und wurden; durch die Beschlusslage liege ein klarer Auftrag vor. Insofern schließe er sich Herrn Dr. Scharfenberg an und möchte dies auch für die Fraktion SPD deutlich sagen. Herr Dr. Scharfenberg begrüßt es, ein Gremium zu bilden, dass sich intensiver mit den Fragen beschäftigt und sich Gedanken mache, wie ein neues Vorgehen zum Erfolg führen könne. Er sei sich bewusst, dass hier eine schwere Aufgabe zu lösen sei. Auch Frau Hüneke begrüßt den Vorschlag des Oberbürgermeisters, fraktionsübergreifend die Problematik zu beraten. Herr Teuteberg stellt fest, dass die Position der Fraktion der Freien Demokraten klar sei, „kein gutes Geld noch schlechter hinterherzuwerfen“. Man müsse erkennen, dass das nicht machbar sei, auch wenn die politische Mehrheit daran festhalte und müsse zu anderen Lösungen kommen. Seine Fraktion erwarte, dass seitens der Verwaltung und auch des Oberbürgermeisters ein pragmatischer Vorschlag an die Fraktionen übermittelt werde, denn völlig ohne Vorgabe von Möglichkeiten halte er eine Diskussion in der Arbeitsgruppe für sehr schwierig.

Der Oberbürgermeister entgegnet, dass es ihm darum gehe, sich bei bestehenden Konflikten in der Stadt an einen Tisch zu setzen, auch wenn noch keine Lösung parat steht. Er wolle es als Anregung verstehen, sich gemeinsam auf einen weiteren Weg zu begeben und sich auf der politischen Ebene an einen Tisch zu setzen. Abschließend dankt er Herrn Rubelt für seine Ausführungen.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 4.4 Strategischer Gesamtrahmen Hauptstadtregion

Vorlage: 21/SVV/0431

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung

Herr Rubelt, Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt, erläutert zu dieser Mitteilungsvorlage, dass mit der Definition des strategischen Gesamtrahmens zügiges Handeln und die Bündelung einer Vielzahl von Themen erforderlich gewesen sei, so dass nunmehr nachträglich diese Stellungnahme zur Kenntnis gegeben werde. Fragen der Hauptausschussmitglieder nehme er gerne mit in die Verwaltung.

Frau Dr. Klockow kritisiert, die fehlende Beteiligung der Stadtverordnetenversammlung und verweist auf eine entsprechende Pressemitteilung des Landes vom Sommer letzten Jahres; von daher sei sie tief enttäuscht.

Herr Rubelt entgegnet, dass es sich hierbei um ein Verfahren der Länder Berlin und Brandenburg handelt. Die Staatskanzlei habe am 20.12.2020 die Landeshauptstadt Potsdam angeschrieben. Auf die Nachfrage von Frau Hüneke bestätigt er, dass die Verwaltung durchaus nicht nur mit Kritik, sondern auch mit Wohlwollen am Online-Fachdialog teilgenommen habe.

An Frau Dr. Klockow gerichtet, betont der Oberbürgermeister, dass es nicht Aufgabe der Pressestelle Potsdam sei, die Kommunikationsarbeit des Landes wahrzunehmen; inhaltliche Kritik „nehme“ er gerne „mit“.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

**zu 4.5 Wirtschaftspläne 2021 der Unternehmen, an denen die Landeshauptstadt
Potsdam mit mehr als 50 % beteiligt ist
Vorlage: 21/SVV/0483**

Oberbürgermeister, GS Haushalt

Auf eine Einbringung wird verzichtet. Seiner Auffassung nach seien nicht alle städtischen Unternehmen, an denen die Landeshauptstadt Potsdam mit mehr als 50 % beteiligt ist, erfasst, so Herr Dr. Scharfenberg. Herr Kube erklärt, dass es sich ihm nicht erschließe, warum negative Bilanzen zustande kommen, wie zum Beispiel bei den Stadtwerken.

Herr Exner, Beigeordneter für Finanzen, Investition und Controlling, führt aus, dass für die Haushaltsjahre 2020 / 2021 ein Doppelhaushalt aufgestellt wurde. Dabei wurden gleichzeitig die Wirtschaftspläne 2020 als Anlage erstellt und ausgereicht. Nunmehr werden die Wirtschaftspläne 2021 in Form einer Mitteilungsvorlage zur Kenntnis gegeben.

Bezüglich der negativen Bilanzen der Stadtwerke verweist Herr Exner auf die Bäderlandschaften und ViP, die mit negativen Beträgen abschließen, dieses sei jedoch kein Alarmsignal.

Herr Teuteberg stellt fest, dass bei einigen Plänen aktualisiert wurde, jedoch nicht bei allen sowie manche Unternehmen Corona-Pläne haben und andere nicht. Herr Exner betont, dass es sich hier schlicht um eine Berichterstattung und Pflichtanlage zum Haushalt handele. Von Unternehmen zu Unternehmen gebe es kein einheitliches Vorgehen. Er gehe davon aus, dass der aktuellste Stand vorliege. Zum Zeitpunkt der Erstellung der Vorlage, war das der jeweilige Ist-Stand, so der Oberbürgermeister.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 4.6 **Inhaltliche Leitplanken zur Haushaltsaufstellung 2022** **Vorlage: 21/SVV/0516**

Oberbürgermeister, Strategische Steuerung

Herr Exner, Beigeordneter für Finanzen, Investition und Controlling, führt anhand einer Powerpoint-Präsentation (dem Tagesordnungspunkt im Ratsinformationssystem als Anlage beigefügt) zu den inhaltlichen Leitplanken aus. Er verweist auf den Einbruch im Jahr 2020 und was dieser für die Gewerbesteuer bedeutet (Folie 3). Zur Prognose (Folie 4) erklärt Herr Exner, dass nach aktueller Steuereinschätzung der Minderertrag in 2024 so hoch sein wird, wie in etwa vor der Corona-Pandemie; man spreche von einer leichten Besserung der Mindererträge für Potsdam. In der Zusammenfassung für Potsdam (Folie 6) seien oben die bisherigen Schätzungen für die MIFI zu sehen und unten „wie es in den Keller gehe“. Neu sei der sogenannte Vorwegabzug. In aller Deutlichkeit sei zu sehen, wie es sich auswirke. Es ergebe sich als neue Differenz ein Minus von 42 Millionen weniger als in der MIFI geplant. Der „Kompromiss“ vom Land mit StGB und Landkreistag lautet, keine Absenkung der Verbundquote, aber Vorwegabzug für die Jahre 2022, 2023 und 2024 (Folie 7). Die Einwohnerveredelung der kreisfreien Städte pausiere erst einmal für ein Jahr. Herr Exner nennt dies einen „herben Schlag in's Kontor“.

Diese Prognosen, so der Oberbürgermeister, sollten dem Hauptausschuss nicht vorenthalten werden und deshalb habe Herr Exner den Schwerpunkt heute darauf gesetzt. Dieser Kompromiss in der Höhe habe die Städte und Gemeinden hart getroffen und auch für Potsdam stehe die Frage, wie sich die Stadt strategisch ausrichte und in der Corona-Pandemie die Angebote aufrechterhalten könne. Mit den neuen Zahlen müsse in Ruhe der weitere Umgang damit überlegt werden. In der Haushaltsklausur mit den Fraktionen habe es die Bereitschaft gegeben, das Investitionstempo zu drosseln, um Angebote zu stabilisieren. Allerdings seien auch bestimmte Investitionen notwendig, so dass eine Neubewertung zwingend erforderlich sei.

Herr Friederich schließt sich der Feststellung von Herrn Exner bezüglich des „herben Schlags in's Kontor“ an. Er stellt fest, dass sich die Einnahmen der Stadt fataler gestalten als in der Strategieklausur besprochen. Die Frage sei, ob an der Linie festgehalten werden könne oder ehrlich gesagt werden müsse, vieles könne sich die Stadt bei den Ausfällen in Millionenhöhe nicht mehr leisten.

Herr Wollenberg betont, der „herbe Schlag in's Kontor“ sei unstrittig und diese Diskussion sei in der Haushaltsklausur zu kurz gekommen. Deshalb müsse wieder intensiv in die Diskussion eingestiegen und gemeinsam die Lage neu bewertet werden. Dazu bedarf es entsprechender Vorschläge seitens der Verwaltung und um diese bittet er.

Der Oberbürgermeister begrüßt diesen Vorschlag. Er sei froh, Herrn Exner mit seinen Erfahrungen an seiner Seite zu haben. Die Herausforderungen auszutarieren wird eine gemeinsame Aufgabe und Verpflichtung sein.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 4.7 4. Statusbericht zur Stadtteilentwicklung von Krampnitz

Vorlage: 21/SVV/0487

Oberbürgermeister, GB Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt

Zurückgestellt – bis zu einer der nächsten Präsenzsitzungen des Hauptausschusses.

zu 4.8 Bericht zur Umsetzung Beschluss 21/SVV/0084 - Reform der Arbeitsgerichtbarkeit

Vorlage: 21/SVV/0534

Oberbürgermeister, Büro des Oberbürgermeisters

Der Oberbürgermeister weist darauf hin, dass er Gespräche mit allen Potsdamer Landtagskandidaten der demokratischen Parteien geführt habe. Bisher entspreche das Ergebnis im Landtag noch nicht der gemeinsamen Beschlusslage, daher appelliere er weiterhin dafür, dass seitens der Landespolitik die Argumente gehört werden.

Herr Said erklärt, dass die Fraktion AfD sich ausdrücklich für den Erhalt des Arbeitsgerichtes in Potsdam ausspreche. Er möchte namens seiner Fraktion den undemokratischen Umgang kritisieren und sich gegen eine wiederholte Ausgrenzung verwehren. Er fordert vom Oberbürgermeister auch die Mitglieder sowie den Sprecher seiner Fraktion im Landtag einzubeziehen.

Der Oberbürgermeister sei genauso vorgegangen, wie es der Beschluss vorgesehen hat, so Herr Dr. Scharfenberg. Die „schwülstigen“ Worte von Herrn Said könne er nur zur Kenntnis nehmen. Interessanterweise gibt es keine Argumente, das Arbeitsgericht nicht weiterzuführen. Die Zeit müsse genutzt werden, um die guten Argumente vorzutragen. Angesichts einer wachsenden Stadt sei die Schließung ein absurder Vorgang. Der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung sei mit aller Konsequenz zu verfolgen und die noch zur Verfügung stehende Zeit von einer Woche müsse dafür genutzt werden um kenntlich zu machen, dass auch ein anderer Beschluss gefasst werden könne.

Herr Friederich betont, es sei sehr selten, aber er stimme Herrn Dr. Scharfenberg uneingeschränkt zu. Er verweist auf den Aufwuchs der Wirtschaft mit bis zu 14.500 neuen Arbeitsplätzen laut dem Bereich Wirtschaftsförderung. Er plädiert dafür, die Schließung des Arbeitsgerichtes Potsdam zu überdenken.

Herr Said fordert erneut, seine Fraktion in die Diskussion mit einzubeziehen. Darauf entgegnet Herr Wollenberg, dass der Oberbürgermeister den Auftrag so erfüllt habe, wie er vom Antragsteller formuliert wurde. Somit sei die Verwaltung korrekt vorgegangen.

Er werde keine Diskussion zur Rechtstaatlichkeit aufmachen, so der Oberbürgermeister. Die maßgeblichen Kriterien „Erreichbarkeit der Standorte“ und „Funktionsfähigkeit der Arbeitsgerichte“ sprechen gerade für den Erhalt des Arbeitsgerichtes in Potsdam, so dass die Herleitung der Entscheidung absolut fehle. Er hofft, dass die Entscheidung anders als bisher beabsichtigt aus dem Landtag komme.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

**zu 4.9 Bewerbungsunterlagen Modellprojekte Smart Cities des BMI: "Smart City
Potsdam - Innovativ. Grün. Gerecht."
Vorlage: 21/SVV/0488**

Oberbürgermeister, Büro des Oberbürgermeisters

Der Oberbürgermeister informiert, dass es hier keinen neuen Sachstand gebe und bittet die Hauptausschussmitglieder somit auf eine Erörterung zu verzichten. Er sagt eine Berichterstattung zu, sobald die Entscheidung des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat (BMI) näherkomme.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 5 Sonstiges

Corona-Lage an den Kitas und Schulen

Der Oberbürgermeister informiert anhand einer Powerpoint-Präsentation (dem Tagesordnungspunkt im Ratsinformationssystem als Anlage beigefügt) zum Infektionsgeschehen in Potsdam, insbesondere an Kitas und Schulen. Er erläutert den Verlauf in den letzten 30 Tagen, nach Altersgruppen und weist auf die Auswirkungen der kleinen Öffnungsschritte in den jeweiligen Gruppen hin. Im Weiteren gibt er einen Überblick zum Fallgeschehen je Einrichtungsart Kita, Hort und die verschiedenen Schultypen. Zur Bettenbelegung führt er aus, dass die Bettenauslastung in Potsdam derzeit nicht bedroht sei. Anschließend informiert er über die Nachbarregionen und verweist auf Maßnahmen, für die er die eine oder andere Kritik einstecken musste. Zur Inzidenzentwicklung der Nachbarregionen sehe man, wie sich die 1. und 2. Notbremse sowie die Ferien auswirken.

Auf die Frage, wie Potsdam damit umgehe, habe Frau Dr. Böhm mit Partnern Ideen ausgearbeitet. Der Oberbürgermeister leitet über zum Projekt „Pooling-Testen in Grundschulen“. Mit einer Powerpoint-Präsentation (dem Tagesordnungspunkt im Ratsinformationssystem als Anlage beigefügt) informiert der Oberbürgermeister über das Modell-Projekt. Es gehe dabei nicht um ein normales Gurgeln im Sinne eines Schnelltests, sondern über Pooling werde ein PCR-Test gemacht. Das Projektziel sei die Aufrechterhaltung des Präsenzunterrichtes durch Testung der Grundschüler. Im Weiteren nennt der Oberbürgermeister die Projektbeteiligten sowie die Schnittstellen und Prozessschritte. Frau Aubel ergänzt zur geplanten Einführung einer Testpflicht für Eltern von Kitakindern nach dem Vorbild von Mecklenburg-Vorpommern, dass Eltern die derzeit freiwilligen Testangebote gerne in Anspruch nehmen würden. Sie verweist auf die Ergebnisse von Untersuchungen, nach denen die meisten Infektionen von Kindern nicht in den Kitas, sondern in der häuslichen Umgebung erfolgten. In Randzeiten, also am frühen Morgen und am späten Nachmittag, könne es zu Vermischungen von Betreuungsgruppen kommen. Zum Vorgehen informiert sie, dass 90.000 Tests für die nächste Woche vorbereitet werden. Es sollen alle Kita-Leitungen informiert werden und Kontrollen zur Einhaltung der Hygienemaßnahmen erfolgen. Weiterhin hofft sie, dass das Impfangebot für die Erzieher*innen angenommen wird.

Auf Nachfrage des Oberbürgermeisters zu weiteren Themen unter „Sonstiges“ möchte Herr Dr. Scharfenberg wissen, wie die Chancen für die Landeshauptstadt Potsdam zur Teilnahme an den Erleichterungen vom Land stehen.

Der Oberbürgermeister antwortet, dass die Grundvoraussetzung ein stabiler Wert unter 100 für 5 Tage sei. Schwierig sei die Situation für die Gastronomie, die Bestellungen vornehmen und ggf. Personal aus der Kurzarbeit holen müsste. Er bittet, keinen „Blick in die Glaskugel“ zu verlangen. Die Hoffnung bestehe, dass Potsdam in den nächsten 5 Tagen einen Inzidenzwert unter 100 erreichen könne.

Zur weiteren Frage von Herr Dr. Scharfenberg, wann die Wohnraumzweckentfremdungssatzung veröffentlicht wird, antwortet Frau Meier, Beigeordnete für Ordnung, Sicherheit, Soziales und Gesundheit, dass dieses am 28.04.2021 erfolgt sei. Eine diesbezügliche Arbeitshilfe könne voraussichtlich in einer Woche veröffentlicht werden.